EU Austritt Großbritannien

Aufgrund wachsender Unzufriedenheit und Kritik an der EU, will die Regierung Großbritanniens die Beziehungen zur EU neu regeln. Eine Neuverhandlung bedarf allerdings die Zustimmung aller Mitgliedstaaten, wobei GB ein Vetorecht innehat und damit notfalls zu Neuverhandlungen zwingen kann. Ende 2017 will GB das Volk abstimmen lassen. Premierminister Cameron ist der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der EU für GB das Beste sei, da diese Mitgliedschaft Wettbewerbsfähigkeit erhält. In einer Rede zu seinen Visionen im 21 Jahrhundert (mit einer EU Mitgliedschaft) geht Cameron noch einen Schritt weiter und wünscht sich Fairness zwischen Euro und nicht-Euro Ländern, mehr Flexibilität bei der Integration und die Rückführung der Kompetenzen zu den Mitgliedstaaten.

Ein Austritt aus der EU ist im Vertrag von Lissabon (Artikel 50) aufgenommen. Dieser Artikel regelt, dass Mitgliedstaaten den Wunsch zum Austritt an den Europäischen Rat mitteilen müssen, daraufhin wird ein Abkommen verhandelt und das EU Parlament muss diesem Abkommen zustimmen. Der Austritt kann dann erfolgen. Ein Widereintritt in die EU ist grundsätzlich möglich. Es gibt mehrere Alternativen zur EU zum Beispiel der Europäische Wirtschaftsraum, der als vertiefte Freihandelszone bezeichnet werden kann. Ihr gehören Norwegen, Island und Lichtenstein an. In dem Vertrag wurde der Binnenmarkt auf die drei Länder ausgeweitet und gewährleistet den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Nicht einbegriffen sind die Agrarpolitik, die Handelspolitik sowie die Außenpolitik, die Innenpolitik oder die Zollunion. Die Staaten des EWR sind verpflichtet binnenmarktrelevante Regelungen in ihr nationales Recht zu übernehmen, können diese aber nicht aktiv mitgestalten. Für Großbritannien würde dies bedeuten, dass es Regulierungen wie die Arbeitszeitrichtlinien beibehalten müsste. Weiterhin wäre GB an die Finanzmarktregulierungen der EU gebunden. Gerade dies sind unter anderem Vorschriften, die in GB auf besondere Kritik stoßen. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Zollunion mit der EU, welche die Türkei zum Beispiel nutzt. Diese Zollunion umfasst den freien Verkehr von Landwirtschaftlichen und gewerblichen Waren. Der freie Verkehr bedeutet, dass Zölle abgeschafft sind, aber mengenmäßige Beschränkungen herrschen. In diesem Modell müsste GB die Vorschriften des freien Warenverkehrs der EU wieder übernehmen und die Freihandelsabkommen zur Drittländern neu verhandeln, da diese nicht mehr greifen würden.

Die meiste Kritik an der EU geht in GB von der Agrar- und Regionalpoltik, sowie der Sozial und Arbeitsmarktpolitik aus. Es existiert eine Angst der Dominanz der Eurozone und damit einer Isolation, zusätzlich stoßen die zu zahlenden Beiträge z.B Sozialleistungen an andere EU Staaten auf. Die sogenannte „Fresh Start“ Gruppe aus konservativen Politikern har bereits konkrete Vorschläge zur Abänderung der Verträge gemacht zum Beispiel sollen sich nationale Parlamente zusammenschließen können und ein Veto-Recht erhalten, um Gesetzesentwürfe zurückweisen und bestehende Rechtsvorschriften angreifen zu können. Diese Forderungen dürften allerdings nur geringe Chancen auf Realisierung haben, da sie den Integrationsprozess um mehrere Jahre zurückwerfen würden. Die wirtschaftlichen Konsequenzen lassen sich kaum abschätzen, da sie abhängig von der zukünftigen Beziehung zur EU sind. Britische Ökonomen rechnen mit einem Minus vom BIP, das stark variiert (1,2-9,5%). Da kein freier Zugang zum Binnenmarkt mehr bestehen würde, würde sowohl der Import als auch der Export behindert werden. Des Weiteren wäre das Land nicht mehr so attraktiv für den Kapitalexport, dies würde sich vor allem auf den Finanzsektor auswirken. Durch den Austritt würde ein Präzedenzfall geschaffen werden. Das politische Gleichgewicht würde durcheinander geraten. Deutschland z.B würde in Abstimmungen ein liberaler Partner fehlen, da gerade südliche Länder weniger Wert auf Strukturreformen legen und die Vergemeinschaftung von Risiken wollen. Als größter positiver Faktor ist die Einsparung von Kosten, die eine EU Mitgliedschaft mit sich bringt genannt(10,6 Milliarden Euro in GB).Anhand der Beispiele zu Alternativen wird aber deutlich, dass die wegfallenden Kosten der Nicht-Mitgliedschaft durch politische Kosten ersetzt werden müssten. In diesem Fall stellt sich die Frage, ob sich dies auf Dauer rechnen würde.

Im Jahr 2016 rechnen die meisten Ökonomen trotz großer Zustimmung im Agrar- und Sozialbereich zum EU Austritt mit einer Mehrheit für die EU Mitgliedschaft, da ein freier Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungsverkehr mit der EU viele Vorteile für die britische Wirtschaft bringt.